

## UNION

### CDU-Konservative fordern Betreuungsgeld

In ihrem Kampf für das umstrittene Betreuungsgeld bekommen CSU-Chef Horst Seehofer und seine Partei Unterstützung aus der CDU. Der konservative Berliner Kreis fordert in einem Programmentwurf eine gezielte Förderung von Familien. „Erziehungsarbeit ist genauso gut und wichtig wie Erwerbstätigkeit“, heißt es in dem Papier der Unions-Orthodoxen, „entsprechend muss sie honoriert werden, zum Beispiel durch Verbesserungen bei der rentenrechtlichen Anerkennung oder durch eine direkte Zahlung in Form des Betreuungs- oder Erziehungsgeldes.“ Zu den Verfassern zählen der hessische CDU-Fraktionschef Christean Wagner sowie die Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach, Thomas Bareiß und Gitta Connemann. Im wirtschaftspolitischen Teil des Papiers bezeichnen sie es als „Fehler der Union, sich faktisch von den Beschlüssen des Leipziger Parteitages von 2003 abzuwenden“. Auf dem Parteitag hatte sich die CDU für einen radikalen Umbau des Steuer- und Sozialversicherungssystems ausgesprochen.



Seehofer im bayerischen Gerolsbach

FRANK Ossenbrink

## KONTROLLE

### Kriegsgerät aus Russland sichergestellt

Zollfahnder haben auf zwei deutschen Flughäfen Triebwerke für russische Militärflugzeuge beschlagnahmt. Bei den Lieferungen aus Russland handelt es sich um Kriegswaffen, für die eine Transportgenehmigung fehlte. Im rheinland-pfälzischen Hahn entdeckten Fahnder vier Triebwerke für den Seeaufklärer Tupolew Tu-142, der auch als U-Boot-Jäger eingesetzt wird. Die Lieferung im Wert von 3,3 Millionen Dollar war für Indien bestimmt. In Leipzig stießen die Zollner auf Strahlantriebe für Kampfflugzeuge vom Typ MiG-29 für die algerische Luftwaffe; die Triebwerke waren in Russland überholt worden. Aufgefallen waren die Lieferungen Zollnern der Abteilung Sicherheitsrisikoanalyse im oberpfälzischen Weiden, die Anfang 2012 ihren Dienst aufgenommen hat. Sämtliche Anmeldungen von Waren, die über deutschen Boden in die EU gelangen, werden von der Abteilung auf Gefahrenquellen wie Waffen oder Krankheitserreger untersucht.

## STEUERSTREIT

### Schweizer beteuern Unschuld

Die Schweizerische Bankiervereinigung weist den Vorwurf zurück, dass die Banken des Landes wohlhabenden Deutschen helfen, Geld in Steueroasen zu schaffen. „Es gibt seit der Unterzeichnung des deutsch-schweizerischen Steuerabkommens im vergangenen September keine nennenswerten

Abflüsse von deutschen Vermögen aus der Schweiz“, sagt Patrick Odier, Präsident der Organisation. Zudem hätten sich die Schweizer Institute verpflichtet, keine Beihilfe zu solchen Transaktionen zu leisten. „Ich halte es für unvorstellbar, dass eine Schweizer Bank dagegen verstößt“, sagt Odier.



Bankschließfächer in St. Gallen

BALLY / KEYSTONE ZÜRICH / LAIF

Ganz anderer Ansicht ist der nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD). Nach Erkenntnissen seiner Steuerfahnder „unterlaufen Schweizer Banken gezielt das Steuerabkommen“, so der Minister. Er hatte jüngst den Kauf von drei CDs für 3,5 Millionen Euro mit Daten von Steuersündern veranlasst. Die Informationen beziehen sich nicht nur auf die UBS und die Coutts Bank, wie bislang bekannt, sondern auch auf die Merrill Lynch Bank Schweiz; die Daten dieser Bank müssen von der Steuerfahndung Aachen noch ausgewertet werden. Die Banken bestreiten alle Vorwürfe. Der frühere Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) hatte seinen Nachfolger Wolfgang Schäuble (CDU) bereits im Juni 2011 auf Berichte hingewiesen, denen zufolge die Geldhäuser „Vermögen an Tochterunternehmen mit einem Standort außerhalb der EU – wie zum Beispiel Singapur – überführen“. Schäuble vertröstete Steinbrück mit dem Hinweis, dass die Verhandlungen über das Steuerabkommen nicht abgeschlossen seien. Als der SPD-Politiker nach der Unterzeichnung im Finanzministerium nachhakte, bekam er keine Antwort.